

Abs.:

Botschaft der Republik Honduras

S.E. Herrn Mauricio Arturo Bueso Chinchilla

Cuxhavener Sre. 14

10555 Berlin

Hameln, 01.07.2025

Sehr geehrter Herr Botschafter,

von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International habe ich erfahren, dass Anfang Mai dieses Jahres dem honduranischen Parlament ein Entwurf für ein Sondergesetz zur Förderung von Investitionen vorgelegt wurde, der eine größere Effizienz von Umweltgenehmigungsverfahren vorsieht, wodurch es zur Vereinfachung und Beschleunigung kommen soll. Dabei würde das gewöhnliche Umweltgenehmigungsverfahren umgangen, was Anlass zu großer Besorgnis von unmittelbar Betroffenen und Menschenrechtsaktivisten und Umweltschützern gibt. Es ist nämlich in dem vorliegenden Gesetzentwurf weder ein angemessener Mechanismus für das Recht von Einzelpersonen, Gruppen und Gemeinschaften auf Beteiligung an Entscheidungsprozessen vorgesehen, noch sieht er Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung des Rechts auf eine gesunde Umwelt vor.

Immer wieder gehen Umweltschützer*innen in Honduras vor Gericht, um Straftaten und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Investitionsprojekten anzuprangern. Dies ist für diese Aktivisten mit hohen Risiken für Leib und Leben verbunden, wie das Beispiel der 2016 ermordeten indigenen Umweltschützerin Berta Cáceres zeigt. Weltweit ist der NGO Global Witness zufolge Honduras das Land mit der höchsten Zahl an ermordeten Umweltschützer*innen. Es ist dringend erforderlich, dass der Staat für den Schutz der Menschen sorgt, die sich für den Erhalt einer gesunden Umwelt einsetzen, statt den Fokus auf die Erleichterung von Projekten zu legen, die dem häufig entgegenstehen und Menschenrechte verletzen.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit an den Präsidenten des Nationalkongresses gewandt, eine Kopie meines Schreibens lege ich diesem Brief bei.

Ich bitte auch Sie, Herr Botschafter, dringend, sich dafür zu engagieren, dass der Gesetzentwurf von Anfang Mai nicht verabschiedet wird, solange dieser keine klaren Schutzmaßnahmen für die Menschenrechte beinhaltet, insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit und das Recht auf eine saubere und sichere Umwelt.

Mit freundlichen Grüßen

